

Kommentare ohne Biss?

Der NWDR im Konflikt mit der Politik (NWDR-Geschichte, Teil VIII)

Im Rahmen des Forschungsprojekts zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland (vgl. FI 2/2001) am Hans-Bredow-Institut in Hamburg stoßen die Wissenschaftler/innen immer wieder auf bislang unbeachtete und verschollen geglaubte Dokumente.

Fortsetzung der FI-Serie seit Teil I in FI 8/2002.

Die Beziehungen zwischen dem Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) und den politischen Eliten der jungen deutschen Demokratie nach 1945 waren alles andere als spannungsfrei. Von Anfang an fühlten sich Parteienvertreter und Politiker vom Rundfunk missverstanden, ins falsche Licht gesetzt oder schlicht gegenüber dem politischen Gegner benachteiligt. Schon 1947 – zwei Jahre vor Gründung der Bundesrepublik – konstatierte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* in seiner Ausgabe vom 21. Juni, dass die Unparteilichkeit des NWDR „von allen Parteien stark angezweifelt“ werde. Machten CDU, DP und FDP im NWDR ein klar kommunistisch unterwandertes Propagandamedium aus, so kritisierten SPD und KPD zeitgleich die angeblich antisozialistische und bisweilen auch nazistisch geprägte Berichterstattung des Senders. Angesichts solcher, schwer miteinander vereinbarer Anschuldigungen stellte der britische Chief-Controller Hugh Carleton Greene in einem Rundfunkkommentar süffisant fest, dass es um die Bemühungen des NWDR zur Wahrung seiner Un- und Überparteilichkeit gar nicht so schlecht bestellt sein könne. Die Klagen über die angebliche politische Linie des NWDR verstummten in den folgenden Jahren dennoch nicht.

Kommentare: Beitrag zur öffentlichen Diskussion oder Propaganda?

Die Kritik entzündete sich regelmäßig vor allem an einzelnen Kommentaren zu aktuellen politischen Ereignissen. Die Vorwürfe reichten dabei von „ungehöriger“ oder verantwortungsloser Wortwahl, von „planmäßiger Einseitigkeit“ und Propaganda bis hin zur harschen Unterstellung „öffentlicher Wühlarbeit gegen die Staatsgewalt und den Staat“. Liest man die Kommentare heute, erstaunen diese mitunter heftigen Reaktionen. Erklärlich sind sie vor dem Hintergrund von noch nicht selbstverständlich gewordenen demokratischen Spielregeln, den Folgen der sich manifestierenden Teilung Deutschlands und der Zuspitzung des Kalten Krieges. Der NWDR sah sich jedenfalls unter permanentem Rechtfertigungszwang, wovon auch das hier vorgestellte Dokument zeugt.

Der Konflikt wurde dadurch begünstigt, dass sich einige Journalisten wie Peter von Zahn, Axel Eggebrecht, Hans Wendt oder Walter Steigner nach dem Ende des Krieges und des „Dritten Reichs“ durchaus als aktive und sendungsbewusste Teilnehmer der politischen Auseinandersetzung verstanden – im Sinne eines klaren Bekenntnisses zu den Prinzipien der Demokratie. „Mit dem Kommentar will der Rundfunk seine Hörer für die Probleme der Politik gewinnen“, warb Steigner 1955 in der *Deutschen Universitätszeitung*.

Allerdings wurde ein solcher Beitrag zur öffentlichen Diskussion nicht überall geschätzt. Vielfach galten prononcierte Kommentare als „gröbliche“ Verletzung der dem Rundfunk – seit 1948 eine Anstalt des öffentlichen Rechts – „satzungsmässig obliegende(n) Unparteilichkeit“ und wurden als Beleg für tendenziöse Berichterstattung der gesamten Rundfunkanstalt angeführt. Die meisten Politiker sahen im Rundfunk noch ganz traditionell ein Instrument der politischen Führung bzw. ein Sprachrohr zur Beeinflussung der „Massen“ – und zwar in ihrem Sinne. Eine souveräne Rolle der Massenmedien im Prozess der öffentlichen Meinungsfindung und -bildung einer Demokratie stieß in den 1950er Jahren jedenfalls noch nicht überall auf ungeteiltes Verständnis.

Verschärfung des Konflikts im Dauer-Wahlkampf 1950 – 1955

Besonders in Zeiten des Wahlkampfes reagierten die Vertreter der Parteien überaus sensibel auf tatsächliche oder vermeintliche Vergehen einzelner Hörfunk-

A b s c h r i f t13.12.52
3819/R 52/52

Herrn Generaldirektor Dr. Grimme
von Dr. Brack

Betr.: Kommentare zu aktuellen politischen Ereignissen

Wir haben uns bei der Kommentierung der jüngsten politischen Ereignisse sehr bemüht, unparteiisch zu sein.

Trotzdem befürchte ich, ist es uns weder bei der Regierung noch bei der Opposition gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass wir wirklich beide Seiten in gleicher Weise zu Wort kommen lassen. Von der Regierung nahestehenden Personen, genau so wie von der Opposition nahestehenden Personen habe ich mehrfach gehört, der NWDR habe durch seine Kommentatoren die ihm satzungsmässig obliegende Unparteilichkeit gröblich verletzt.

In keiner Weise will ich auf die sachliche Berechtigung dieser Bemerkungen eingehen, die ich garnicht beurteilen kann, weil ich während der in Betracht kommenden Zeit verreist gewesen bin. Entscheidend für uns ist aber der Eindruck, den unsere Kommentatoren bei Regierung und Opposition gemacht haben.

Früher ist unser Programm Angriffen verschiedenster Art ausgesetzt gewesen, insbesondere sind auch unsere nichtpolitischen Sendungen angegriffen worden. Ich habe jetzt das Empfinden, dass wir unsere Hörer hinsichtlich der nichtpolitischen Sendungen beinahe in vollem Umfang zufrieden stellen. Die Angriffe, denen wir ausgesetzt sind, beziehen sich - soweit ich es übersehen kann - fast ausschliesslich auf die oben erwähnten politischen Sendungen.

Da wir es offensichtlich weder der Regierung noch der Opposition Recht machen können, muss man sich - glaube ich - fragen, ob das von uns jetzt angewandte System der Kommentierung politischer Ereignisse richtig ist. Ich erinnere mich, dass Sie selbst früher der Ansicht gewesen sind, man solle aktuelle politische Ereignisse nicht kommentieren, solange sie nicht zu einem gewissen Abschluss gekommen sind. Auch nach diesem Zeitpunkt sollte man, - so glaube ich Sie verstanden zu haben - durch unsere festangestellten Kommentatoren nicht pro oder contra Stellung nehmen lassen, sondern man sollte sich auf eine Analyse der politischen Lage beschränken.

Ich glaube mich weiter zu erinnern, dass Herr W.D. Schultz Ihnen für eine Programmsitzung vor etwa 2 Jahren über diese Dinge ein Exposé gemacht hat, das wohl s.Zt. Ihre Billigung gefunden hatte.

Ich erlaube mir die Anregung, die Angelegenheit der politischen Kommentare neu aufzugreifen und Herrn W.D. Schultz Gelegenheit zu geben, Ihnen - vielleicht auf einer Chefbesprechung - seine Ansicht über diese Dinge noch einmal darzulegen.

Gez. Dr. Brack

Kommentatoren. Entsprechend konfliktreich gestalteten sich die Jahre zwischen 1950 und 1955. Mehrere Landtagswahlen, die einmal zu Lasten der CDU, einmal zu Lasten der SPD ausgingen, sowie die Bundestagswahl im September 1953 bescherten der jungen bundesdeutschen Demokratie eine Art Dauerwahlkampf.

Der Streit zwischen der Bundesregierung und dem NWDR eskalierte zum ersten Mal im Januar 1951. Den Anlass lieferte der renommierte Rundfunkjournalist Peter von Zahn mit einer zugespitzten Analyse der verfahrenen Lage im Streit um das betriebliche Mitbestimmungsrecht. Vergeblich forderten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundesinnenminister Robert Lehr daraufhin von Zahns Entlassung. Unterstützt von der konservativen Tagespresse, Parteifreunden in den NWDR-Aufsichtsgremien und flankiert von der Debatte um ein Bundesrundfunkgesetz, das der Bundesregierung erheblichen Einfluss auf die Rundfunkanstalten sichern sollte, machten Adenauer und Lehr in der Folge Druck. NWDR-Generaldirektor Adolf Grimme befand sich in der Defensive, als er im Sommer 1951 verfügte, Kommentare seien mit dem Zusatz zu versehen, dass es sich lediglich um die persönliche Meinung des Kommentators handele. Außerdem empfahl er, bevorzugt freie Mitarbeiter kommentieren zu lassen.

Parteilpolitische Neutralisierung

Angesichts der Bundestagswahl im September 1953 befürchtete man beim NWDR eine abermalige Verschärfung des Konflikts. Bereits im Herbst 1952 nahm die Kritik stark zu. Am 13. Dezember übersandte Hans Brack, der Justiziar des NWDR, Grimme die hier reproduzierte Einschätzung. In ihr legte er – „da wir es weder der Regierung noch der Opposition Recht machen können“ – eine überaus zurückhaltende, das heißt weniger aktuelle und wertende Form der Kommentierung nahe. Grimme griff in den Sitzungen des Verwaltungsrates im Januar und Februar 1953 auf Bracks Darlegung zurück. Nach eingehender Diskussion forderte der Verwaltungsrat den Generaldirektor im Februar dazu auf, „künftig einseitig meinungsbildende Kommentare durch festangestellte Kommentatoren des NWDR nicht mehr“ verfassen zu lassen. Die zu kommentierenden Ereignisse und Themen sollten in der täglichen Schaltkonferenz vereinbart werden; überdies sollten hauseigene „Kommentare rechtzeitig vorher vom Generaldirektor, bzw. von den zuständigen Intendanten durchgesehen werden können.“

Damit entsprachen sowohl Generaldirektor als auch Verwaltungsrat weitgehend den – von Brack in Erinnerung gerufenen – Vorstellungen von Walter D. Schultz. Als Leiter des NWDR-Außenreferats und Organisator der Diskussionsendung *Politisches Forum* stand Schultz in engem Kontakt zu den Rundfunkbeauftragten der Parteien; mithin hatte er einen exklusiven Einblick in die NWDR-kritischen Gedankengänge der politischen Elite. Im Interesse des Rundfunks plädierte er deshalb 1953 in einem von Grimme angeregten internen Memorandum nachdrücklich für eine „kluge Selbstbeschränkung“ und für eine weitgehende parteipolitische Neutralisierung, um die Freiheit für die „eigentliche Arbeit“ des Senders zu sichern: Die „Pflicht“ des Rundfunks sei es „zu informieren, nicht öffentliche Meinung zu formen.“

Ob Kommentare, die eine wertende Position bezogen, also „Biss“ hatten, überhaupt geeignet waren, derart performativ zu wirken, sei dahin gestellt. Mit dem selbst auferlegten Verzicht auf meinungsbetonte Analysen verlor der NWDR jedenfalls an Profil im öffentlichen Diskurs – an der Kritik der Parteien änderte das nichts.

Christoph Hilgert

Unser Autor:
Christoph Hilgert, M.A.,
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter an der
Forschungsstelle zur
Geschichte des Rund-
funks in Norddeutsch-
land.